

Fragen

für die Fragestunde der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. September 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 41	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	34
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Kleinwächter, Norbert (AfD)	28, 47
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	27, 30	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	15, 21
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	31, 32	Mack, Klaus (CDU/CSU)	7, 8
Donth, Michael (CDU/CSU)	45, 46	Mannes, Astrid, Dr. (CDU/CSU)	12, 35
Engelhard, Alexander (CDU/CSU)	10	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	11, 36
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	39, 40	Pilsinger, Stephan, Dr. (CDU/CSU)	42, 43
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	19, 44	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	20, 48
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	18, 29	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	26, 38
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	23, 25	Schattner, Bernd (AfD)	1, 3
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	22, 33	Seitz, Thomas (fraktionslos)	14
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	24	Simon, Björn (CDU/CSU)	16, 17
Karliczek, Anja (CDU/CSU)	2, 6	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	9
		Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie hoch die aktuelle Wolfspopulation in Deutschland ist?
2. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um trotz der verschärften EU-Luftqualitätsrichtlinie streckenbezogene Fahrverbote, Industrieabschaltungen und die vorübergehende Stilllegung von Baustellen zu verhindern?
3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die nukleare Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Beabsichtigt die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Maßnahmen gegen die sogenannte „Shrinkflation“ zu ergreifen, und falls ja, um welche Maßnahmen handelt es sich hierbei (www.vzhh.de/presse/shrinkflation-versteckte-preiserhoehungen-auf-rekordniveau; https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/shrinkflation-frankreich-verbietet-mogelpackungen-vorbild-fuer-deutschland_aid-115403657)?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind die fünf größten Erfolge, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz in der aktuellen Legislaturperiode erzielt hat?
6. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung den Umstand zu lösen, dass Behörden und Industrie aufgrund des in der Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zusätzlich eingeführten Schutzgutes Klima aktuell in Rechtsunsicherheiten geraten (bspw. durch den undefinierten Begriff, fehlende Handlungsanweisungen usw.)?

7. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eine Anpassung des Schutzstatus von streng geschützten Tierarten, wenn diese, wie z. B. beim Kormoran, dem Wolf und der Saatkrähe der Fall, Konflikte im Zusammenleben mit Menschen und anderen Tierarten verursachen, und wenn nein, warum nicht, vor allem, wenn sie feststellt, dass die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen (www.sueddeutsche.de/wissen/natur-erst-ausgerottet-heute-zahlreiche-kormorane-nerven-angler-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240630-99-582433; www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/dorsch-kormoran-artenschutz-ostsee-e666542/?reduced=true; www.br.de/nachrichten/bayern/warum-saatkraehen-wohngebiete-bevoelkern-und-fuer-aerger-sorgen,U8I18xw; www.ardmediathek.de/video/ndr-story/politikum-wolf-schiessen-oder-schuetzen/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS9wcm9wbGFuXzE5NjM1MjkyNV9nYW56ZVNlbnR1bmc/)?
8. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Mit welchen Mitteln beabsichtigt die Bundesregierung, die für die Umsetzung der Ziele der am 17. Juni 2024 im EU-Umweltministerrat beschlossene „Verordnung zur Wiederherstellung der Natur“ benötigten Flächen für Renaturierungsmaßnahmen zu beschaffen, und sollen für die Zwecke der Renaturierung auch Flächen außerhalb von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten einbezogen werden?
9. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Hochwasserkatastrophen, und mit welchen Bundesmitteln ist die vorsorgende Klimaanpassungsstrategie hinterlegt (bitte genaue Höhe und genauen Titel angeben)?
10. Abgeordneter
Alexander Engelhard
(CDU/CSU)
- In welcher Form gibt es einen Austausch zum PFAS-Beschränkungsverfahren (PFAS: Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) zwischen Bundesregierung und den am Verfahren beteiligten Behörden?
11. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- In welcher Form wurden die jüngsten Vorkommnisse im Zusammenhang mit möglichem Betrug bei Klimaprojekten in China im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz aufgearbeitet, und welche etwaigen Konsequenzen für die Zukunft werden hieraus abgeleitet (vgl. www.nordkurier.de/politik/betrug-beim-klimaschutz-im-haus-vo-n-ministerin-lemke-rollt-der-erste-kopf-2685145, zuletzt abgerufen am 10. Juli 2024)?

12. Abgeordnete
Dr. Astrid Mannes
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke angekündigten Förderung von Reparatur-Initiativen zu rechnen (www.bmu.de/meldung/einfaches-reparieren-wird-leichter)?
13. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Welche neuen Informationen und Fakten zur Standortauswahl haben dem Öko-Institut vor dem Hintergrund aktueller Äußerungen der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke (www.zeit.de/wissen/2024-08/atommuell-endlager-suche-steffi-lemke-faq#warum-reagiert-das-umweltministerium-genervt) bei der Erstellung des Vorhabens „Unterstützung des BASE bei der Prozessanalyse des Standortauswahlverfahrens“ (www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/fachinfo/fa/pasta_abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=3), mit dem der längere Zeitbedarf bis 2074 festgestellt wurde, nicht vorgelegen?
14. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie bewertet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) das Problem des zunehmenden Auftretens der gebietsfremden Ameise *Tapiroma magnum*, das in der Stadt Kehl im Ortenaukreis bereits zum Ausfall von Strom und Internet geführt hat und die Sperrung eines Spielplatzes erforderlich machte und deren (Super-)Kolonien nur schwer bekämpft werden können (www.sueddeutsche.de/panorama/insekten-superkolonien-invasiv-ameisen-breiten-sich-weiter-aus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240917-930-234523) aus Sicht des Artenschutzes, und sind aus Sicht des BMUV entsprechende Maßnahmen angezeigt, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?
15. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung einen Interessenkonflikt in der Tatsache, dass beide Staatssekretäre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz als „Räte der Agora“ fungieren oder fungierten (www.agora-energiewende.de/ueber-uns/rate-der-agora#c497), und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass mögliche familiäre oder andere Verflechtungen wie bei der „Trauzeugen-Affäre“ (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/habeck-graichen-102.html) vermieden werden?

16. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den unterschiedlichen Formulierungen der Regelungen in Artikel 29 Absatz 1 bis 3 des Kompromisstextes zur EU-Verpackungsverordnung, nach der Transportverpackungen wiederverwendbar und recycelbar sein sollen (www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0318_DE.html#title2) und der Aussage im vom Rat gebilligten „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“, nach dem alle Verpackungen bis 2030 entweder wiederverwendbar oder recyclingfähig sein sollen (www.consilium.europa.eu/media/47572/st_6766_2020_init_en.pdf, S. 8), und gedenkt die Bundesregierung, die Folgen des nach meiner Ansicht faktischen Einwegverbots von Transportverpackungen auf die Lieferketten in Deutschland abzumildern, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?
17. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die mögliche Gefahr, dass die geplanten Mehrwegvorgaben für Transportverpackungen (Artikel 29 Absatz 1 bis 3, www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0318_DE.html#title2) zu einer Rezyklatlücke führen könnten, da Transportverpackungen, wie z. B. Palettenumhüllungen, derzeit in hohem Maß zu neuen Kunststoffen recycelt werden, und wenn ja, wie gedenkt sie, dieser entgegenzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

18. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Welche Aktivitäten gab es seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur Stärkung bzw. Förderung der Sportwirtschaft in dieser Wahlperiode, und was ist diesbezüglich noch im 2. Halbjahr 2024 sowie im Jahr 2025 geplant (bitte die einzelnen Aktivitäten konkret nennen)?

19. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung gesichert, dass die bei den Gesellschaftern der PCK Raffinerie GmbH (PCK) in Schwedt, wo die Mehrheitsanteile unter Treuhandschaft der Bundesnetzagentur stehen, befindlichen Rückstellungen für die Altersvorsorge der Beschäftigten auch bei anstehenden Eigentümerwechseln nicht gefährdet sind, und wäre es aus Sicht der Bundesregierung sinnvoll, wie von mir befürwortet, zumindest die unter der Treuhandverwaltung befindlichen und bis 2015 gebildeten Rosneft-Rückstellungen der Altersvorsorge in den 2016 von der PCK und den Beschäftigten gebildeten Rückstellungsfonds der betrieblichen Altersvorsorge schnellstens zu überführen?
20. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Aus welchen im Einzelnen zu benennenden Gründen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nicht – wie in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 20/12293 angekündigt – einen Referentenentwurf zur Reform des Vergaberechts „im Sommer 2024“ in die Ressortabstimmung gegeben, und bis wann ist – nach dem zwischenzeitlichen Herbstanfang – nunmehr geplant, einen entsprechenden Referentenentwurf in die Ressortabstimmung zu geben (bitte ein konkretes Datum angeben)?
21. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele leitende Mitarbeiter (Staatssekretäre, Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter, Referatsleiter, Arbeitsgruppenleiter oder ähnliche Verwendungen) der Bundesministerien für Ernährung und Landwirtschaft; für Wirtschaft und Klimaschutz; für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und des Auswärtigen Amts haben oder hatten nach Kenntnis der Bundesregierung einen beruflichen Hintergrund oder eine aktuelle ehrenamtliche Tätigkeit bei der Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gGmbH oder einem damit verbundenen Akteur (European Climate Foundation, Stiftung Mercator, Agora Think Tanks gGmbH, Agora Transport Transformation gGmbH usw.; www.sueddeutsche.de/politik/agora-energiewende-patrick-graichenrainer-baake-robot-habeck-1.5855468?reduced=true)?
22. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung die Möglichkeit einer Reparatur von beschädigten Nord-Stream-Pipelines, und wenn ja, befürwortet die Bundesregierung eine solche Reparatur (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/3859)?

23. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Welche Verwendung plant die Bundesregierung für die 9,9 Mrd. Euro, die für die Förderung des Magdeburger Standorts des Halbleiterherstellers Intel vorgesehen waren, nach der Entscheidung des Unternehmens, vorerst nicht mit dem Bau der Produktionsstätte zu beginnen (vgl. www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/intel-chipfabrik-verschiebung-100.html), und plant die Bundesregierung, das Projekt bei einer etwaigen Fortführung in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang zu fördern (bitte dazu ausführen, welche Vereinbarungen in diesem Zusammenhang ggf. mit Intel getroffen wurden)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche Berechnungsgrundlage liegt den mit der WIN-Initiative (WIN: Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland; www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzipolitik/2024/09/2024-09-17-start-up-standort-deutschland.html) angekündigten 12 Mrd. Euro für das Wagniskapital-Ökosystem bis 2030 zugrunde, und wie schlüsseln sich diese Beiträge für jedes Jahr bis 2030 auf?
25. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind dem Bund Kosten im Zusammenhang mit dem Verkauf von rund 53,1 Millionen Aktien an der Commerzbank AG an die UniCredit Group (vgl. www.deutsche-finanzagentur.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilung/dt/2024/2024_09_11_pm09_FMS_Coba-Pricing_dt.pdf) entstanden (bitte die Kosten nach den einzelnen Kostenpunkten, wie bspw. an die beim Verkauf hinzugezogene Bank JP Morgan gezahlte Gelder, aufschlüsseln), und welche Gespräche, Telefonate, Treffen, schriftliche Korrespondenz und/oder anderweitige Kommunikation gab es seit Beginn der Amtszeit der Bundesregierung von Mitgliedern der Bundesregierung (inkl. Parlamentarischer Staatssekretärinnen und Parlamentarischer Staatssekretäre, Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretären) mit Vertretern der UniCredit Group (bitte die letzten sieben Kommunikationsformate nach Zeitpunkt, Beteiligten und Inhalten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

26. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Sind die strafrechtlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin gegen drei Beamte eines Referates der Abteilung Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes (BKA) abgeschlossen, welche aufgrund einer Strafanzeige des Präsidenten des BKA vom 17. November 2020 infolge interner Hinweise auf möglicherweise strafrechtlich relevante Einzelsachverhalte eingeleitet wurden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/30634), und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
27. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, dass von afghanischen Frauen aufgrund ihrer systematischen Diskriminierung in Afghanistan, die unter anderem mit Schul- und Bewegungsverböten einhergeht (vgl. www.proasyl.de/news/unsichtbare-wesen-zur-aktuellen-situation-von-frauen-in-afghanistan/), beim Ehegattennachzug grundsätzlich nicht verlangt werden kann, dass sie deutsche Sprachkenntnisse bereits im Ausland nachweisen, jedenfalls dann nicht (wie in einem mir vorliegenden Einzelfall), wenn sie nur über eine rudimentäre Schulbildung und keinen Laptop/Internet-Zugang verfügen, die lateinische Schrift nicht beherrschen und einen Sprachkurs aufgrund ihres Geschlechts nicht besuchen können (bitte begründen), und teilt die Bundesregierung die Auffassung in dem seit 2021 (d. h. auch nach der Machtübernahme durch die Taliban) von der deutschen Botschaft verwandten Merkblatt zum Sprachnachweis (<https://afghanistan.diplo.de/blob/2188132/2f6890d6bfe312a493b1c1b4b3cb039a/d-visa-merkblatt-sprachnachweis-data.pdf>), wonach nicht generell auf den Sprachnachweis verzichtet werden könne, weil eine Teilnahme an A1-Prüfungen in den Nachbarländern (z. B. Indien, Pakistan, Iran) möglich sei, vor dem Hintergrund, dass mir bereits der Spracherwerb in Afghanistan unmöglich/unzumutbar erscheint und dieser auch nicht in der begrenzten Zeit eines möglichen Transitaufenthalts in den Nachbarländern erfolgen kann (bitte begründen)?
28. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele der am 30. August 2024 per Abschiebeflug nach Afghanistan abgeschobenen Straftäter inklusive Begleitpersonen (Qatar-Airways, Flugnummer QR7431) einen Sitzplatz in der Business-Class hatten?

29. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Wie ist der Stand hinsichtlich der Einführung und bundesweiten Verfügbarkeit des Warnmittelkatas-ters, und wie bewertet das Bundesministerium des Innern und für Heimat den aktuellen Ausbaustand des Sirennetzes bundesweit?
30. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie lange war im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Asylverfahrensdauer (bitte differenzieren nach behördlichem Verfahren, Dublin-Verfahren, Verfahren mit „offensichtlich unbegründet“-Entscheidungen, Klageverfahren – diese bitte auch differenzieren nach Bundesländern –, Eilverfahren bei Gerichten, Verfahrensdauer bis zur rechts- oder bestandskräftigen Entscheidung), und welche quantitativ gestützten Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, inwieweit die Zielsetzung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 13. Oktober 2023, bei Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 5 Prozent „das Asyl- und das sich anschließende Gerichtsverfahren jeweils in drei Monaten abzuschließen“ (https://hessen.de/sites/hessen.hessen.de/files/2023-10/fluechtlingspolitik_von_bund_und_laendern_-_gemeinsame_kostentragung.pdf), bereits erreicht wurde bzw. absehbar erreichbar ist (bitte ausführen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Hat sich die Bundesregierung bereits eine eigene Auffassung zu den Sprengstoffangriffen im Libanon mit präparierten Pagern und Walkie-Talkies, bei denen bislang insgesamt 37 Menschen getötet wurden, darunter mindestens zwei Kinder und zwei Mitarbeiter des Gesundheitswesens, und mehr als 3.500 Menschen verletzt wurden (dpa vom 18. September 2024), gebildet, wie es die belgische Vizepremierministerin Petra De Sutter getan hat, welche aussagt, dass sie in den mutmaßlich durch Israel erfolgten Sprengstoffangriffen einen terroristischen Akt sieht (www.israelheute.com/erfahren/belgische-vize-premierministerin-bezeichnet-pager-anschlag-im-libanon-als-terroristischen-akt/), und wenn ja, wie lautet die Auffassung der Bundesregierung hinsichtlich einer Einordnung der Vorfälle als terroristischen Akt, und betrachtete die Bundesregierung bei ihrer Einordnung, dass gemäß dem Völkergewohnheitsrecht der Einsatz von versteckten Sprengfallen bzw. solchen in Gegenständen, die für Zivilisten attraktiv sind oder mit dem normalen zivilen Alltagsgebrauch in Verbindung gebracht werden, verboten ist, und wenn ja, sieht sie dieses Recht bei den Vorfällen verletzt (www.hrw.org/de/news/2024/09/19/das-humanitaere-voelkerrecht-anfuehnen)?
32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Führt die Bundesregierung anlässlich des 140. Jahrestages des „Vernichtungsbefehls“ von Generalleutnant Lothar von Trotha am 2. Oktober 1904 Veranstaltungen (in Eigenregie oder gemeinsam mit anderen Akteuren) im Inland durch, und wenn ja, welche (bitte jeweils beteiligte Ressorts, Partner, Orte, Art der Veranstaltungen und Budgetkalkulation angeben), und hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob auf der Halbinsel Shark Island am Stadtrand von Lüderitz im Süden Namibias einst das erste deutsche Konzentrationslager stand, in dem während des Völkermords (1904 bis 1908) unter deutscher Kolonialherrschaft Schätzungen zufolge bis zu 4.000 Menschen der Volksgruppen Nama und Ovaherero brutal getötet wurden (dpa vom 6. September 2024), und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung ggf. bezüglich des von ihr unterstützten Projekts des Konsortiums Hyphen Hydrogen Energy?

33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) liegen der Bundesregierung über die mutmaßlich von Israel verübten Pager-Attacken im Libanon vor, und hat sich die Bundesregierung bereits eine Auffassung hinsichtlich einer Einordnung nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten gebildet, auch angesichts der Tatsache, dass laut Medienberichten u. a. mindestens zwei Kinder sowie Beschäftigte im Gesundheitswesen unter den Opfern waren und zudem mit dem iranischen Botschafter mindestens ein Schwerverletzter zu den vom Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen geschützten Personen gehört (vgl. www.spiegel.de/ausland/libanon-zwei-kinder-unter-opfern-der-pager-explosionen-bei-angriff-auf-hisbollah-a-a74fb598-fcab-42a2-a109-0d8e33e50b6a), und wenn ja, sieht sie in den Vorfällen eine Verletzung des Völkerrechts?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

34. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Arbeitet die Bundesregierung an Maßnahmen und Regulierungen, die angesichts der rasanten Ausbreitung von generativer Künstlicher Intelligenz (KI), dafür sorgen, dass Nutzer vor Desinformation, gezielter Manipulation und Fehlfunktionen von KI (z. B. Halluzinieren, d. h. die Erzeugung falscher oder irreführender Informationen, die wie plausible Antworten erscheinen, durch die KI selbst) geschützt werden und KI-generierte Ergebnisse jederzeit als solche erkennbar sind, und wenn ja, wie sollen sie aussehen?
35. Abgeordnete
Dr. Astrid Mannes
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Kennzeichnungspflicht für Inhalte auf nationaler Ebene einzuführen, die mittels Künstlicher Intelligenz erstellt wurden und auf Social-Media-Plattformen geteilt werden, oder wartet die Bundesregierung ab, bis eine Regelung auf EU-Ebene kommt?

36. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Hat die Bundesregierung konkrete Bemühungen angestellt, die geeignet sind, die in diversen Medien jüngst geschilderten neuen Umstände im Zusammenhang mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines im September 2022 zu untersuchen, und wenn ja, welche, und welche etwaigen Konsequenzen werden hieraus abgeleitet (www.tagesschau.de/ausland/europa/nord-stream-anschlag-104.html, zuletzt abgerufen am 16. August 2024)?
37. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, wie viele Mieterinnen und Mieter im Geltungsbereich der Mietpreisbremse in überbelegten Wohnungen leben (siehe dazu: www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/mieten-wohnungsnot-mietpreisbremse-100.html), und plant die Bundesregierung eine Informationskampagne, um die betroffenen Mieterinnen und Mieter über ihre Rechte aus der Mietpreisbremse aufzuklären?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

38. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Auf welcher Grundlage sowie im Rahmen welcher Ermittlungen bzw. aufgrund welchen Anfangsverdachts hin hat das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) gegenüber dem ehemaligen Oberstleutnant des Kommandos Spezialkräfte (KSK) D. K. eine Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) durchgeführt, in deren Rahmen laut Medienberichterstattung das BAMAD von Rekrutierungsversuchen Kenntnis erlangte, die seitens des derzeit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main angeklagten Ex-KSK-Obersts Maximilian Eder gegenüber D. K. für die sogenannte Patriotische Union unternommen wurden (www.welt.de/politik/deutschland/plus247994930/Reichsbuerger-Die-verpasste-Chance-der-Ermittler.html)?

39. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die von der Bundesregierung geplanten Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien in den Jahren 2024 bis 2028 (bitte jahresscharfe absolute [in Tausend Euro] sowie relative [zum Bruttoinlandsprodukt] Angaben der gesamten Verteidigungsausgaben machen; die absoluten Angaben bitte differenzieren nach den Ausgabeblöcken Einzelplan 14, Sondervermögen Bundeswehr und sonstige verteidigungsbezogene Ausgaben), die nach Erklärung des Bundeskanzlers Olaf Scholz bereits inklusive des Jahres 2028 prognostiziert ermittelt wurden („Deshalb werden wir das Zwei-Prozent-Ziel der Nato in jedem Jahr voll erfüllen. Von 2028 an, also nachdem das Sondervermögen komplett ausgegeben sein wird, wird der reguläre Verteidigungshaushalt dann 80 Milliarden Euro umfassen, um die zwei Prozent weiterhin sicherzustellen.“, vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz/haushalt-2025-2297572), und welche Gründe liegen der Veränderung der voraussichtlichen deutschen Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien im Jahr 2024 zugrunde, bei denen die NATO nach Meldung vom 17. Juni 2024 von einer Gesamtsumme von 90,586 Mrd. Euro bzw. 76,943 Mrd. US-Dollar mit Preisstand 2015 (vgl. www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf) ausgeht, obwohl noch im Februar dieses Jahres eine Summe von 73,41 Mrd. US-Dollar mit Preisstand 2015 (vgl. www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/verteidigung-ausgaben-deutschland-nato-militaer-100.html) gemeldet wurde (bitte angeben, wie hoch die im Februar genannten Verteidigungsausgaben mit Preisstand 2024 und in Euro sind und auf welche der drei Ausgabeblöcke Einzelplan 14, Sondervermögen Bundeswehr und sonstige verteidigungsbezogene Ausgaben sich die Differenz in den Angaben der gesamten Verteidigungsausgaben bezieht)?

40. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Besteht nach Rechtsauffassung des Bundesministeriums der Verteidigung die Möglichkeit, von der – gemäß einer durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) nach § 7 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) – wirtschaftlichsten Variante einer Bedarfsdeckung zugunsten einer ebenfalls untersuchten, aber als unwirtschaftlich identifizierten Variante abzuweichen (bitte unter Darlegung der rechtlichen Erwägungen der Bundesregierung, wie eine solche abweichende Entscheidung getroffen werden könnte, erläutern), und warum verweigert die Bundesregierung die Auskunft, ob im Rahmen der – laut Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 99 auf Bundestagsdrucksache 20/12862 – aktuell durchgeführten Aktualisierung der WU zu „Betrieb und der Betreuung des Gefechtsübungszentrums des Heeres für den Zeitraum ab 2026 ff.“ bei der erfolgten und damit abgeschlossenen Beauftragung dieser Aktualisierung der WU eine unzulässige Verfälschung bzw. Vorwegnahme des Ergebnisses der WU seitens der Bundesregierung ausgeschlossen wird (da die Beauftragung bereits erfolgt bzw. abgeschlossen ist, handelt es sich nach meinem Verständnis weder um einen noch laufenden Prozess noch um eine – wie von der Bundesregierung unterstellt – hypothetische Fragestellung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

41. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wie viele Bundesländer das Cannabisgesetz noch nicht umgesetzt und keine Stelle zur Genehmigung und Kontrolle von Cannabis-Anbauvereinigungen benannt haben (siehe dazu www.lto.de/recht/hintergruende/h/cannabis-anbauvereinigungen-berlin-gesundheitsverwaltung-verordnung), und unterstützt die Bundesregierung die Bundesländer bei der Umsetzung, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

42. Abgeordneter
Dr. Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Wiederbelebung noch in das Gesundes-Herz-Gesetz (siehe www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/ghg.html) aufzunehmen, um die Laienreanimationsquote (vgl. dazu www.grc-org.de/ueber-uns/aktuelles/301-Anpassung-der-Laienreanimationsquote-in-Deutschland-Wichtige-Aenderung oder www.drk.de/presse/pressemitteilungen/meldung/woche-der-wiederbelebung-rotes-kreuz-fordert-wiederbelebung-bundesweit-im-lehrplan/) und damit die Überlebensrate der Betroffenen in Deutschland, die so um das Dreifache erhöht werden könnte (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/150072/Aufruf-zu-Steigerung-der-Laien-Reanimationsquote-in-Deutschland), signifikant zu erhöhen, und wenn nein, beabsichtigt sie, die Quote anderweitig zu erhöhen, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?
43. Abgeordneter
Dr. Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts des knappen Rohstoffs Spenderblut Handlungsbedarf, die Pathogeninaktivierung als Chance für eine Verbesserung der Versorgung insbesondere mit Thrombozytenkonzentraten zu prüfen, die in vielen Ländern der EU bereits flächendeckend zur Reduktion des Infektionsrisikos von Blutprodukten eingesetzt wird (z. B. in Frankreich: P. Richard, Implementation of amotosalen plus ultraviolet A-mediated pathogen reduction for all platelet concentrates in france: Impact on the risk of transfusion-transmitted infections, *Vox Sanguinis*, 2023, S. 1–7, <https://read.qxmd.com/read/38152857/implementation-of-amotosalen-plus-ultraviolet-a-mediated-pathogen-reduction-for-all-platelet-concentrates-in-france-impact-on-the-risk-of-transfusion-transmitted-infections>; in der Schweiz: M. Jutzi, Nationwide Implementation of Pathogen Inactivation for All Platelet Concentrates in Switzerland. *Transfusion Medicine and Hemotherapy* 2018, S. 45, 151–156, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/29928168/>), aber in Deutschland nur vereinzelt zur Anwendung kommt und stattdessen Spender zurückgestellt werden und die Lagerzeit von Blutprodukten verkürzt wird, und möchte sie Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit und Verfügbarkeit der Blutprodukte zu erhöhen, und wenn ja, welche?

44. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Plant die Bundesregierung, angesichts der finanziellen Schieflage der Havelland Kliniken (www.maz-online.de/lokales/havelland/rathenow/defizit-nicht-mehr-aufzuhalten-havelland-kliniken-brauchen-millionen-vom-landkreis-U2XTIHSO5GEVKNKPOBPEDR2FI4.html), der Ruppiner Kliniken und des Naemi-Wilke-Stifts in Guben, die tatsächlichen Kosten der kommunalen Krankenhäuser besser abzubilden und ihre finanzielle Stabilität zu gewährleisten, ohne dass kommunale Träger einspringen müssen, und wenn ja, wie, und möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass die finanziellen Unterstützungsleistungen bis zum vollständigen Inkrafttreten der Krankenhausreform ausreichend sind, um erneute finanzielle Engpässe oder sogar Schließungen zu verhindern, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

45. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, dass infolge der enorm steigenden Trassenpreise eine Angebotsreduktion von Schienenfernverbindungen und höhere Ticketpreise erfolgen (www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/steigen-de-trassenpreise-bei-der-bahn-drohen-hoehere-ticketpreise-und-weniger-angebot-/29867372.html)?
46. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Wie soll die im Rahmen der verabschiedeten Novelle des Bundesschienenwegeausbaugesetzes geplante Koordinierungsstelle für die ETCS-Fahrzeugausrüstung konkret aussehen, und wie ist hierfür der weitere Zeitplan?
47. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Anweisungen der Deutschen Bahn AG, die es Zugbegleitern freistellen, auf kriminalitätsbelasteten Bahnstrecken (z. B. nach Vorfällen mit Bewohnern der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Suhl) im Sinne einer gewünschten „Deeskalation“ die Fahrscheine aggressiver Fahrgäste nicht zu kontrollieren (www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407256356/keine-ticketkontrolle-in-brenzligen-situationen.html), und wenn ja, wie wird eine solche Anweisung rechtlich begründet, und wenn nein, welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Zugreisen hierzulande sicherer zu machen?

48. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 132 auf Bundestagsdrucksache 20/6309 angekündigte Überprüfung der Gewährung eines Bundeszuschusses für die „ZLW – Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht“ inzwischen abgeschlossen, und wenn ja, mit welchem konkret aufzuführenden Ergebnis, beziehungsweise wenn nein, aus welchen konkret aufzuführenden Gründen nicht?

